

Morwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Geldnot in Berlin.

Der Buchdruckerstreik: Heute Nachmittag Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. — Die Reichsdruckerei nimmt die Arbeit wieder auf.

Herr Havenstein hat's erreicht! Die Reichsbank hat heute ihre Pforten schließen müssen, sie hat vorübergehend ihre Zahlungen eingestellt. Der Mangel an Barmitteln ist damit katastrophal geworden. Das gesamte Wirtschaftsleben droht zu erliegen, weil selbst dieses elende, heruntergekommene Zahlungsmittel, das man Papiermark nennt, nicht mehr in genügenden Mengen zu haben ist.

Den letzten Anstoß zu dieser Entwicklung gab der Buchdruckerstreik. Die Nachricht, daß der Banknotendruck für unbestimmte Zeit zur Einstellung gelangen könnte, hat in der Geschäftswelt eine panikartige Nachfrage bei den Banken hervorgerufen. Die verachteten Zettel mit den bunten Bildern und den unwahrscheinlichen Zahlen bekamen auf einmal Seltenheitswert. Das ist kennzeichnend für die krampfartigen Zustände unseres Wirtschaftslebens. Gestern flucht vor der Papiermark, heute Jagd nach der Papiermark!

Der Buchdruckerstreik hätte aber eine solche Panik nicht auslösen können, wenn man nicht wüßte, wie es um die Reichsbankleitung bestellt ist. Nachdem sie es nicht verstanden hatte, die wohnsinnige Ausweitung der Inflation aufzuhalten, hat sie es nicht einmal verstanden, die rein technischen Konsequenzen aus ihrer Politik zu ziehen und rechtzeitig so viel Papiergeld bereitzustellen, wie nötig war.

Berlin und ganz Deutschland standen schon im Zeichen der Geldnot, als das Gespenst des Buchdruckerstreiks drohend am Himmel auftauchte. So kamen die Panik, der Ansturm auf die Kassen und Banken mit dem bekannten Resultat.

Wo Barmittel fehlen, fehlt die Schuldenwirtschaft ein. Ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten sind schon die Gläubiger ihrer Unternehmer geworden, weil die Mittel zu den fälligen Barauszahlungen fehlen. Die Verbraucher müssen beim Verkäufer borgen, wenn sie das Notwendigste zur Erhaltung ihrer Existenz erhalten sollen. Ob der Verkäufer Kredit gibt oder nicht, hängt davon ab, wie er zur Kundschaft steht. Und was tut der, der keinen Kredit bekommt?

Es ist klar, daß die Dinge auch nicht einmal ein paar Tage so weiter gehen können. Ueber den Augenblick kann man sich vielleicht mit Kredit und Notgeld, wie es die Stadt Berlin herausgibt, hinüberheften. Aber wenn es nicht gelingt, binnen kürzester Zeit die Dinge in Ordnung zu bringen, steht Unabsehbares bevor.

Die Verhandlungen im Buchdruckerstreik sind im Gange. Sie müssen zu einem schleunigen Abschluß gebracht werden. Dabei ist zu bedenken, daß die Buchdrucker, die früher die Elite der Arbeiterschaft darstellten, heute tief unter anderen Kategorien herabgesunken sind. Die Forderung nach einem Papiermarklohn, der ein Äquivalent für 20 Goldmark pro Woche darstellt, bringt ihnen, wenn sie erfüllt wird, nur zwei Drittel des Vorkriegslohnes. Richtig ist, daß die Lage des Buchdruckerstreiks nicht ruhig ist. Aber die Frage des Buchdruckerstreiks ist ein politisches Problem, die mit staatlichen Mitteln sofort gelöst werden muß.

Im Vertrauen darauf, daß diese Lösung noch eintreten wird, richten wir an die arbeitenden Massen, die sich heute in Ratlosigkeit und geradezu in Verzweiflung befinden, die Aufforderung, nicht die Nerven zu verlieren. Es handelt sich darum, die wirtschaftliche Zirkulation schleunigst wieder in Gang zu bringen, darum müssen Handlungen vermieden werden, die geeignet sind, die Dinge noch mehr zu verfeuern.

An den verantwortlichen Stellen kann kein Zweifel daran bestehen, was auf dem Spiele steht. Wir fordern von ihnen entscheidende Maßnahmen, um eine annähernd normale Funktion des wirtschaftlichen Lebens wiederherzustellen. Wenn sie aber selber den Kopf verlieren, haben sie kein Recht, sich darüber zu beklagen, wenn es anderen ebenso geht. Also schleunigste Beilegung des Buchdruckerstreiks, Entgegenkommen an die berechtigten Forderungen der Arbeiter vorerst nötig unter Heranziehung staatlicher Mittel, schleunigste Bereitstellung der erforderlichen Zahlungsmittel. So geht's, anders nicht!

Schließung der Reichsbank.

Angesichts insofern des Buchdruckerstreiks stellte heute vormittag um 10 Uhr die Reichsbank ihre Auszahlungen ein und schloß ihre Kasse, während laufende von Kassenbussen auf Auszahlungen warteten und die anliegenden Strohen füllten. Schutzpolizei zu Fuß und zu Pferd räumte dann langsam die Oberwallstraße. Die Schließung der Reichsbank hatte zur Folge, daß im Laufe des Vormittags eine große Anzahl von Bankgeschäften ebenfalls keine Auszahlungen mehr vornahmen.

Die Szenen, die sich in den letzten Stunden in und vor der Reichsbank zugetragen haben, spotten jeder Beschreibung. Schon früh um 5 Uhr stellten sich die Kassenboten der Behörden, Banken, Betriebe, Bankiers, Warenhäuser, des Handels, der Zeitungen, Industrie, des Gewerbes und anderer Zweige in langen, langen Schlängeln an, um mit großen Taschen und Säcken verschollen Zahlungsmittel abzugeben. Auch als pünktlich die Schalter der Reichsbank um 9 Uhr geöffnet wurden, verminderten sich die „Schlangen“ nicht. Sie wurden immer länger und heißer, und die Wartenden immer ungeduldiger, besonders als sie hörten, daß die

Reichsbank nur Teilbeträge in Millionen Scheinen oder den kleinsten Abschnitten: 10-, 20- und 50-Mark Scheinen, d. h. in großen Paketen, die niemand nachzahlen konnte, anbot. Zahlreiche Kassenboten zogen es vor, nach langem vergeblichen Harren unverrichteter Sache heimzukehren, statt noch länger vergeblich auf Geld zu warten. Die Auftritte kann man sich vorstellen. Auch an den Kassen der Banken drängten sich die Wartenden.

Da die Reichsbank geschlossen hat, konnten heute viele Lohnzahlungen nicht erfolgen. Die Firma Ludwig Loewe gibt daher als erste Notgeld heraus und bittet die Geschäftsleute, das Notgeld in Zahlung zu nehmen, daß von der Firma wieder eingelöst wird. Auf telephonische Anfrage bei der Konsum-Gesellschaft hat sich diese bereit erklärt, das Notgeld in Zahlung zu nehmen.

Wie die Reichsdruckerei kurz vor Schluß des Blattes mitteilt, ist nach einigen Stunden der Unterbrechung der Betrieb der Reichsdruckerei in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Die Herstellung der Banknoten erleidet keine Unterbrechung.

Notgeld der Stadt Berlin.

Mit Genehmigung der Reichsregierung wird die Stadt Berlin in den nächsten Tagen Notgeld in den Verkehr bringen. Durch Ueberdruck der alten Scheine im Werte von 100,

500 und 1000 M. werden neue Stücke herausgegeben im Betrage von 500 000, 1 Million und 3 Millionen. Die neuen städtischen Geldscheine sind als gesetzliches Zahlungsmittel anzusehen.

Teilstreik von Eisenbahnern.

Auf dem Bahnhof Pankow sind heute Morgen die Arbeiter familiärer Dienststellen in den Streik getreten. Auf dem Stettiner und Potsdamer Güterbahnhof haben die Arbeiter des Bahnbetriebswerkes die Arbeit niedergelegt. Auf den vom Stettiner Bahnhof ausgehenden nördlichen Eisenbahnstrecken spielt sich infolgedessen der Personenverkehr nur noch sehr gestellt ab.

Demonstration in Lübeck.

Lübeck, 10. August. (T.) Hier stellten die Belegschaften des Henderwerkes und des Travewerkes die Arbeit ein. Offenbar im Zusammenhang mit diesen Arbeitseinstellungen bildeten sich bereits heute nachmittag an verschiedenen Stellen der Stadt Ansammlungen, vor allem vor dem Hause des Arbeitgeberbundes. Nach dem Schluß einer für heute abend einberufenen sozialdemokratischen Versammlung kam es zwischen Polizei und Demonstranten zu Zusammenstößen, bei denen mehrere Personen verletzt wurden.

Die Steuerarbeit des Reichstags.

Bevor der Steuerauschuß in die Beratung der Flächensteuer eintrat, stellte für die Deutsche Volkspartei der Abg. Scholz einen neuen Vorschlag zur Diskussion. Er führte aus: Meine Fraktion gibt zu ermögen, ob nicht eine

Naturalabgabe der Landwirtschaft und der Industrie an die Stelle der Geldabgabe zu setzen ist. Das würde ihm auch die Möglichkeit geben, über wertbeständige Produkte zu verfügen, über Kohlen, Kalk und Roggen. Auf dieser Basis könnte das Reich neue wertbeständige Anleihen ausgeben und damit neue wertbeständige Zahlungsmittel schaffen. Abg. Japs (D. Sp.) forderte, daß ein besonderer Ausschuß sich mit diesen Fragen befaßt.

Finanzminister Hermes: Ich würdige die Motive dieses Vorschlages, ich bitte aber die Beratung der dringenden Steuernotlagen damit nicht zu belasten. Wir können nicht durch das Notprogramm unsere Finanzlage ändern und die Währung in die Hand nehmen, wenn wir uns in diesem Zeitpunkt mit der Diskussion über diese Gebanten belasten. Wir haben in unserem Memorandum vom 9. Juli an die Entente die Erlaubnis von deutschem Privatvermögen in Aussicht gestellt. Wir müssen mit der Ausführung dieser Vorschläge beginnen, ohne die Antwort abzuwarten. Das, was Sie aber angeregt haben, wird deshalb schon in wenigen Wochen Gegenstand eingehender Erörterungen sein müssen.

Abg. Helfferich (Dnat.): Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Deshalb muß nach Erledigung der Vorlagen das Problem auf weitest möglicher Grundlage aufgerollt werden. Was jetzt gemacht werden kann, sind nur provisorische Lösungen.

Abg. Fischer (Dem.): Wir müssen zunächst das Haus löschen, das brennt. Nach der Erledigung der Vorlagen müssen wir das Gesamtprogramm in die Hand nehmen.

Abg. Rahmann (Soz.): Ich erkenne durchaus an, daß die Vorlage nicht durch die hineingeworfenen Anregungen aufgehoben werden dürfte. Wir müssen mit der Verabschiedung schnellstens vorwärtskommen. Morgen muß spätestens alles zum Abschluß gebracht sein. Zu den Vorschlägen will ich vorbehaltlich der Erörterungen meiner Fraktion erklären, daß wir ihnen durchaus inpathisch gegenüberstehen. Nicht nur Industrie und Landwirtschaft werden zu Naturalabgaben gezwungen werden müssen, sondern der Handel und die Banken im stärksten Maße zur Abgabe von Devisen.

Wir sind dafür, daß wir sofort nach dem Abschluß der Vorlagen im Steuerauschuß dazu Stellung nehmen, wobei die von uns aufgeworfene Frage der Sachwertverfassung mitberaten und zur Lösung gebracht werden muß.

Der Ausschuß begann dann die erneute Beratung der Flächensteuer.

Gegen den Vorschlag der Belastung von einer Goldmark pro Hektar wendet sich Rahmann (Soz.). Wir haben die Frage der Belastung der Landwirtschaft noch einmal eingehend geprüft und sind zu folgendem Ergebnis gekommen: Es soll zugrunde gelegt werden die Veranlagung zum Wehrbeitrag. Wir haben außer acht gelassen, daß dabei Freigrenzen bis zu 30 000 Goldmark gemacht wurden. Ein Entschuldung der Landwirtschaft ist im weitesten Maße eingetreten. Eine Belastung von 7 oder gar nur 6 M. scheint uns viel zu wenig. Industrie und Handel werden viel stärker herangezogen, weil in der Regel durch Einkommen- und Lohnsummensteuer sich eine stärkere Belastung als für die Landwirtschaft ergibt. Wir können nicht zustimmen, daß nur die eine Seite belastet wird, während die Landwirtschaft bei der Einkommensteuer schon achtlos worden ist. Herr Herzt hat gestern gesagt, es solle ohne Freilassen und Handeln ehen. Die Landwirtschaft kann ohne Schaden zu nehmen sich zu einer höheren Abgabe bereitfinden in einem Augenblick, wo eine Empörung gegen die Landwirtschaft in hohem Maße vorhanden ist. Wir wollen nicht die Erpreller spielen. Wir haben aber die Pflicht, nach den großen Worten ihres Redners durch die Tat zu beweisen, daß sie gewillt sind, an der Beruhigung unseres

Volktes mitzuarbeiten. Die Stimmung der Bevölkerung ist auf einem Siedepunkt angelangt. Ob die Erregung zu einer Gefahr für Volk und Vaterland wird, kann noch niemand sagen. Wir wünschen, daß dies nicht geschieht. Aber in ihren Händen, die sie die notwendigsten Nahrungsmittel in der Hand haben, liegt es, die Empörung abklingen zu lassen, indem sie erheblich mehr geben, als sie gestern versprochen haben. Wir beantragen, daß wir 15 M. pro Hektar für sechs Monate festsetzen wollen.

Schiele (Dnat.): Wir sind nicht mit leeren Taschen hierhergekommen. Wenn Sie aber einen solchen Schlag gegen die Landwirtschaft führen, so werden Sie eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verhindern.

Abg. Jäger (Dem.): Es ist unrichtig, daß Handel und Industrie erheblich stärker belastet sind, als die Landwirtschaft. Ich bitte jedoch die Sozialdemokraten, ihre Forderungen zu ermäßigen, da sie in ihren Berechnungen von solchen Voraussetzungen ausgegangen sind. Er schlägt vor, für die ersten drei Monate 150 Goldmark, für die nächsten drei Monate 1 Goldmark pro Monat und Hektar (insgesamt 1 Ztr. Roggen).

Lange-Hegemann (Fr.): Wenn nach dem Vorschlage von Rahmann die Dinge überspannt werden, wird weniger einkommen, als wenn wir die Sache tragfähig machen. Die Reichsbank wird fabelhafte Kredite bewilligen müssen, um die Steuern zu bezahlen.

Abg. Schmidt-Röpenick (Soz.): Gegenüber den Einwendungen, daß die Landwirtschaft keine Mittel habe, um die Steuern zu bezahlen, ist folgendes Beispiel: Beim Landarbeiterstreik in Schlesien konnten Landwirte Millionen an Lohn bezahlen, ohne nur auf die Bank zu gehen. Niemand glaubt der Landwirtschaft diese Klagen. Sie kann mindestens dasselbe wie Handel und Industrie an Steuern zahlen. Wir werden auf dem Lande dafür sorgen, daß diese Klagen ins rechte Licht gesetzt werden. Wenn Sie immer vom Nationalgefühl reden, dann zahlen Sie endlich einmal Steuern.

Herz (Soz.): Wir stehen noch nicht vor einer völligen Einmütigkeit in diesen wichtigen Fragen. Das kommt nicht nur zum Ausdruck durch diese Debatten. Wir haben uns auch noch vorbehalten, eine erneute Diskussion über die Höhe der Lohnsummensteuer und der Naturabgabe zu führen. Wir halten es aus wirtschaftlichen Gründen für notwendig, daß die Last der Landwirtschaft wesentlich höher ist als die der Industrie und des Handels. Bei der Industrie besteht die Gefahr, daß eine so große Belastung zu Abschaltungen und Arbeitschwierigkeiten führt. Damit hat die Landwirtschaft nicht zu rechnen, denn sie hat nur inländisches Absatzgebiet. Die Landwirtschaft hat spielend die Belastung durch die Umlage getragen, während die letzte Belastung nach unseren Vorschlägen nur die Hälfte ausmacht. Die Landwirtschaft ist so geldflüchtig, daß sie ihre Waren nicht zu verkaufen braucht. Deshalb kommen keine Nahrungsmittel auf den Markt. Sie hat noch vor der Ernte alle Bestände. Wenn wir Herrn Lange-Hegemann folgen wollten, dürfen wir überhaupt keine Steuern von der Landwirtschaft erheben. Die Besteuerung muß die Landwirtschaft so tief treffen, daß sie gezwungen ist, ihre Vorräte zu verkaufen. Das Ernährungsproblem muß auch von der Steuerseite angefaßt werden. Wer das deutsche Volk vor dem Untergang retten will, muß die Landwirtschaft zu einer Leistung zwingen, die mehr beträgt als die Leistung der Industrie.

Abg. Dr. Helfferich: Das wichtigste ist die Einheitslichkeit des Vorgehens wegen der psychologischen Wirkung. Ich habe mit allen meinen landwirtschaftlichen Freunden gesprochen. Es sind Kompromißvorschlüsse von einem größeren Gesichtspunkte aus gemacht worden. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, weil wir der größeren Lösung entgegensehen, für die ersten drei Monate eine Goldmark, für die zweiten drei Monate einhalb Goldmark pro Monat und Hektar. Ich würde auch die Herren von der Sozialdemokratie bitten, vergessen wir in dieser Stunde, was wir früher miteinander ausgefochten haben. Wollen wir in diesem Falle zusammenmarschieren, so treten

Sie auf den Boden dieses Vorschlags. Wir sind ja eigentlich beisammen.

Merk (Bayer. Volkspartei) bezeichnet die vorgesehene Belastung als unerträglich für die Landwirtschaft.

Minister Hermes: Wir müssen schnell an die größere Reform und an die Reform unserer Währung herangehen. Wenn dem so ist, so ist der Streit um ein oder anderthalb nicht von der Bedeutung, die ihm hier beigegeben wird.

Kell (Soz.): Ich kann dem Schlichtungsversuch des Ministers nicht folgen. Ich möchte ausdrücklich erklären, daß wir uns in keiner Richtung für die Zukunft hin binden. Die Vorlagen, die jetzt erst vorbereitet werden, werden erst in längerer Frist wirksam. Deshalb kann der Hinweis darauf uns nicht von der wirksamen Gestaltung der jetzigen Aktion abhalten. Die Landwirtschaft kann wahrhaftig eine Last von zweieinhalb Goldmark pro Hektar im Monat spielen tragen.

Häner (Ztr.): Man beabsichtigt die Frage der Lohnsummensteuer noch einmal zu prüfen. Ich schlage vor, diese Frage und die Frage der Belastung der Landwirtschaft einem Unterausschuß zu überweisen.

Minister Hermes bittet, dem Vorschlag zuzustimmen, da die Beratungen gezeigt hätten, daß man ehrlieh eine Verständigung suche.

Es wird ein Unterausschuß eingesetzt, der um 2 Uhr seine Tagung beginnt.

Sitzung des Reichstages.

Mehrere Stunden vor Beginn der heutigen Reichstags-sitzung drängten sich vor den Portalen Deputationen aus Berlin und von auswärts, die Zutritt zu den Abgeordneten haben wollten, um sie von der Not des Volkes zu unterrichten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt Abgeordneter Roenen Einspruch gegen die Verfügung des Präsidenten, die den Zutritt zum Reichstagsgebäude unter strenge Kontrolle stellt. Er bestreitet, daß im Hause Verkehren durch die zahlreichen Deputationen entstanden sind. Die Arbeiten des Reichstags seien bisher noch nicht gestört worden. Vielleicht aber stört der Geruch der Männer in der Arbeiterklasse die empfindlichen Nasen der Herren von rechts. (Unruhe rechts.) Der Redner verlangt sofortige Aufhebung der Verfügung des Präsidenten.

Präsident Lohse erwidert, daß der Zutritt der Deputationen zum Reichstagsgebäude verhindert werden sollte. In den letzten Tagen sei der Andrang aber so stark geworden, daß er sich zu der Anordnung genötigt gesehen habe, daß jeder Abgeordnete auf einmal nur drei Gäste empfangen dürfe. Seien diese erledigt, so könnten drei neue kommen. Wenn nur dreihundert Abgeordnete von diesem Recht Gebrauch machen würden, so seien das bereits über 900 Gäste. Lohse teilt dann mit, daß bereits Klagen von Abgeordneten über die Behinderung durch den Andrang der Deputationen vorliegen. Die Verfügung müsse daher aufrechterhalten werden. Die Gäste hätten sogar fremde Fraktionszimmern betreten. Der Abgeordnete Maßmann habe zugegeben, allein mehr als 50-60 Gäste empfangen zu haben. Als ihm die Verfügung des Präsidenten bekannt wurde, habe er sich trotzdem nicht daran gehalten. (Zurufe rechts.)

Abg. Roenen (Komm.) entgegnet, man sollte sich freuen, wenn die Arbeiter noch nach dem Reichstage kommen und in dieser Not nicht andere Wege beschreiten.

Abg. Müller-Franke (Soz.) stellt fest, daß infolge der im Reichstage erzeugten Unruhe der Dollar an der Berliner Börse schon wieder auf 4 Millionen gestiegen sei, während er aus New York mit 3,5 gemeldet war. Er billigt ausdrücklich die Verfügung des Präsidenten.

Nach einer erneuten Erwiderung kann das Haus in die Tagesordnung eintreten.

Das Abkommen mit Polen über eine gemeinschaftliche Reichsverwaltung in der Warierwerder Niederung wird angenommen.

Die abgesagte Verfassungsfeier.

Die Schikanen der Münchener Polizei.

München, 10. August. (Eca.) Da die Polizeidirektion München die für nächsten Sonntag geplanten Verfassungsfeiern der Sozialdemokratischen Partei, des Gewerkschaftsbundes und des republikanischen Reichsbundes, sowie den Festakt auf der Theresienwiese genehmigt, jedoch alle Züge zum Festplatz verboten hat, haben die genannten Organisationen die Verfassungsfeier nunmehr abgesagt. Sie begründen diesen Entschluß in einer öffentlichen Erklärung, in der schärfster Protest gegen die neuerlichen schikanösen Maßnahmen der Behörden in München erhoben und das gesamte verfassungstreue Volk Bayerns und des Reiches aufgerufen wird, sich diesem Protest anzuschließen.

Die Börse schwankt.

In den ersten Vormittagsstunden hatte es den Anschein, daß auf Grund der gestrigen günstigeren Markmeldungen aus New York der hiesige Devisenmarkt eine kleine Erleichterung erfahren würde. Im freien Verkehr hörte man den Dollar bei abgeschwächter Tendenz zwischen 3 1/2 und 3 Millionen, doch im weiteren Verlauf änderte sich das Bild der Börse vollständig. Die Befürchtungen, daß sich unsere wirtschaftliche Lage weiter verschärfen wird, nahmen überhand und bewogen zur erneuten Deviseneinbedeckung. Die teilweise Schließung der Kassen einiger Banken wegen Geldmangels rief Bestürzung hervor; so nannte man gegen 12 Uhr den Dollar bereits mit 4 600 000, wobei im nachdrücklichen Verkehr ein weiteres Steigen zu erwarten ist. Bei der amtlichen Festsetzung entschloß man sich, niedrigere Kurse anzunehmen; so wurde der Pfund mit 18 Millionen und der holländische Gulden mit 1 550 000 notiert. Der Effektenmarkt bot am Eingang das Bild wie der Devisenmarkt.

Ämtliche Devisenkurse.

	10. August		9. August	
	Käufer (Rech.) Kurs	Verkäufer (Rech.) Kurs	Käufer (Rech.) Kurs	Verkäufer (Rech.) Kurs
1 holländ. Gulden	1546125.—	1553975.—	1895250.—	1904750.—
1 argent. Pap.-Peso	1271812.50	1278187.50	1516025.—	1538875.—
1 belgischer Franc	169375.—	170425.—	215460.—	216540.—
1 norweg. Krone	688400.—	671600.—	778050.—	781950.—
1 dänische Krone	718200.—	721800.—	881790.—	886210.—
1 schwedische Krone	1037375.—	1052625.—	1276800.—	1288200.—
1 finnische Mark	109725.—	110275.—	134662.—	136398.—
1 japanischer Yen	1895250.—	1904750.—	2394000.—	2406000.—
1 italienische Lire	167850.—	168420.—	207480.—	208520.—
1 Pfund Sterling	17955000.—	18045000.—	21945000.—	22055000.—
1 Dollar	3890250.—	3909750.—	4847850.—	4872150.—
1 französisch. Franc	223460.—	224560.—	276310.—	276690.—
1 brasilian. Milreis	879050.—	880950.—	483787.50	486212.50
1 schweizer Franc	718200.—	721800.—	867825.—	872175.—
1 spanische Pseta	538650.—	541350.—	678312.50	676887.50
100 österr. Kr. (gest.)	5586.—	5614.—	6982.50	7017.50
1 schwedische Krone	117206.—	117794.—	149625.—	150375.—
1 ungarische Krone	218.46	214.54	249.87	250.63
1 bulgarische Lewa	35910.—	36090.—	44837.—	45113.—
1 jugoslaw. Dinar	41895.—	42105.—	51870.—	52180.—

Bitte recht freundlich.

Jeder Geschäftsinhaber, auch der kleinste, der mit Kohl, Heringen, Margarine oder Stiefelwäse handelt, mühte nebenbei Amateurphotograph sein. Ein wohliges Gefühl durchzuckt unsere Glieder und ein Lächeln wird auch auf das ernsteste Gesicht gezaubert, wenn der Künstler hinter dem schwarzgerahmten Guckloch mit der liebenswertesten Miene von der Welt seinen alten Schlatruff erlösen läßt: Bitte, recht freundlich! Leider haben viele Ladeninhaber hieron nichts gelernt. Manche Geschäftsleute können beständig liebenswert sein, wenn das Geschäft schlecht geht, Bore im Ueberfluß vorhanden ist und die Konkurrenz zur freundlichen Bedienung der Kunden, die doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, zwingt. Sobald aber die Ware knapp ist, die bekannten Schlangen vor den Geschäftsläden sich bilden und trotz schon fast willkürlicher Preismacherei die lebenswichtigsten Nahrungsmittel färmlich erbeutet werden müssen, schlägt die gute Laune um. Der Geschäftsmann von der nicht seltenen Sorte, die wir meinen, setzt sich auf das hohe Pferd, herrscht in seinem Laden wie ein Diktator, wird schnoddrig und unerschämmt. Man soll in solchen Dingen auch die Kehrfseite der Medaille betrachten. Die Hausfrauen sind schon durch die Preise maßlos verbittert und nervös geworden. Man wittert allenthalben Uebervorteilung, sei es durch Warengurückhaltung oder zu hohe Preise. Rauche Worte fallen und Anzeigen werden erstattet, die sicher oft nicht berechtigt sind. Dann muß es aber gerade die Aufgabe und die Umgangskunst des gewissenhaften Händlers sein, die Ruhe zu bewahren und nicht durch unfreundliche, aufreizende Redensarten die Nervosität und Erregung noch zu steigern. Die Käufer sollen Verständnis haben für die schwierige Lage, in der sich gerade jetzt so viele Kleinhändler bei der Beschaffung der Ware und des Betriebskapitals befinden, aber noch mehr Verständnis für die geplagte Psyche des Käufers muß man beim Händler, der sein Handwerk verstehen will, erwarten. Bedrohlichste Situationen lassen sich retten durch Humor. Die aufgereiztesten Gemüter werden besänftigt durch einen guten oder auch nur kalten Witz. Also versucht es einmal auf beiden Seiten mit dem schönen alten Rechtswort: Bitte, recht freundlich! Wir müssen in dieser grauenhaften Zeit soviel nach innen weinen, daß wir uns nicht auch noch nach außen hin durch böse Reden das Leben schwerer machen sollen, als es schon ist.

Ueberfall auf einen Untergrundbahnshalter.

Der Räuber entflohen.

Ein Kassenraub wurde in der vergangenen Nacht gegen 1 1/2 Uhr auf dem Untergrundbahnhof Bobbielski-Allee versucht aber vereitelt. Auf dieser Haltestelle besorgt die Fahrkartenvorfäuferin zugleich auch das Knippen der Karten. Besondere Knipser sind nur am verkehrsschwachen Tag tätig. Die Verkaufserin nimmt auch die Karten der aussteigenden Fahrgäste entgegen und diese können dann durch einen schmalen Gang, der an ihrem Stande vorbeiführt, hinuntergehen und den Bahnhof verlassen. Mit dieser Einrichtung hatte augenscheinlich ein Räuber gerechnet. Als der letzte Zug, der um 1 29 Uhr Dahlem verließ, eben aus der Haltestelle Bobbielski-Allee hinausgefahren war, trat ein junger Mann an die Kartenvorfäuferin heran und forderte sie mit angelegtem Revolver auf, ihm den Bestand der Kasse herauszugeben. Die Verkaufserin ließ sich aber nicht einschüchtern, rief vielmehr sofort um Hilfe. Der Vorsteher der Haltestelle, der soeben den letzten Zug abgefertigt hatte, kam sofort herbeigeeilt. Jetzt ergriff der Räuber die Flucht. Rückwärts laufend hielt er den Vorsteher mit dem Revolver in Schach, und so gelang es ihm, zu entkommen. Nach Bekundung eines Wächters hat er sich in der Nähe der Haltestelle auf ein Fahrrad geschwungen und ist davon gefahren. Der Räuber ist nach der Beschreibung, die die Verkaufserin von ihm gibt, etwa 20 Jahre alt, 1,65 Meter bis 1,7 Meter groß, von hagerer Gestalt, und trug einen grauen Anzug und einen grauen Hut.

Opfer der Zeit.

„Der Tod verköhnt — das Leben soll ohne Hof sein — von einem Arme wurde ich in den anderen gezwungen.“ So schrieb in einem Abschiedsbrief die 19jährige Kontoristin Gertrud R. aus der Frankfurter Allee, die gestern früh von der Treptower Eisenbahnbrücke aus großer Höhe in die Espree sprang und nicht zu retten war. Sie liebte nur einen, und gerade der wollte nichts von ihr wissen. Die junge Selbstmörderin war am 5. April von den Büchser-Werten, die sie nur zur Probe angenommen hatten, entlassen worden. In der am Brüdengitter eingeklemmten Handtasche fanden sich neben 58 532 M. Papiergeld, zwei Schminkeflöte und ein Romanband „Die Dichter“ von Hans Vand.

Rentenabfindung und Geldentwertung.

Wer von einer Behörde Geld zu kriegen hat, kann gewöhnlich lange warten, bis es ihm ausgezahlt wird. Doch auch in Zeiten der Geldentwertung, wie wir sie jetzt schauernd erleben, über diese oft gerügte Langsamkeit geklagt werden muß, sollte man kaum für möglich halten. Ein Kriegsbeschädigter meldet uns, daß er vom Versorgungsamt II Berlin noch eine Abfindung in Höhe von 660 000 M. erwartet, die ihm durch Schreiben vom 5. Juli 1923 zugesprochen worden ist. In den reichlich vier Wochen, die seitdem vergangen sind, hat die Geldentwertung sich mit rasender Schnelligkeit fortgesetzt. Von dem, was der Kriegsbeschädigte vor vier Wochen für seine 660 000 M. hätte kaufen können, wird jetzt nicht mehr viel für ihn zu haben sein. Wahrscheinlich kann er, wenn das Geld jetzt endlich in seine Hände gelangen sollte, kaum noch den zehnten Teil davon kaufen. Waschen sich denn die zuständigen Behörden nicht klar, wie die Geldentwertung wirkt? Warum wird nicht dafür gesorgt, daß jeder Empfangsberechtigte in kürzester Frist zu seinem Geld kommt?

Keine Verfassungsfeier im Rathaus. Die Verfassungsfeier im Stadthause fällt am Sonnabend aus.

Die Verkehrsbeschränkung. Als erste Folge der zugunsten der Beförderung der lebenswichtigen Güter angeordneten Einschränkungen im Personenverkehr werden die Schnellzüge Berlin-München, Berlin-Altona ausfallen.

Hamburg druckt wieder Notgeld.

Die Hamburger Finanzdeputation wird, um die Zahlungsmittelknappheit einigermaßen einzuschränken, Ausschiffschaine in Umlauf setzen. Sie hat zu diesem Zweck hamburgische Ausschiffschaine über den Betrag von 5000 M., die bereits früher hergestellt, aber infolge der Bestimmungen des Reichsfinanzministeriums nicht haben ausgegeben werden können, durch Ueberdruck mit roter Farbe zu Scheinen über den Wertbetrag von fünf Millionen Mark gemacht. Das Wasserzeichen des verwandten Papiers zeigt ein dem holländischen Kreuz ähnliches Kreuz auf hellem Grund. Die Herstellung weiterer Ausschiffschaine wird unverzüglich erfolgen. In Altona beschloß der Magistrat zur Beseitigung der Zahlungsmittelknappheit sofort größere Mengen Notgeld herzustellen zu lassen. Der Druck der Scheine erfolgt mit größter Beschleunigung, und zwar durch den Ueberdruck der alten 500-Mark-Notgeldscheine. Die Kupferstichlegung des Notgeldes wird rechtzeitig bekanntgegeben.

In unsere Postabonnenten. Die illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ konnte wegen technischer Schwierigkeiten heute nicht beigelegt werden. Sie wird der Abendausgabe am Montag, den 13. August, beigegeben.

Gewerkschaftsbewegung

An die Berliner Arbeiterkraft!

Der Bundesvorstand des ADGB. ersucht uns um Veröffentlichung folgender Mahnung:

Die Arbeiter verlangen und erhoffen von uns, daß wir in der augenblicklichen Lage helfen sollen. Das erkennen wir durchaus als unsere Pflicht an und sind täglich und stündlich unausgesetzt bemüht, unsere schwere Aufgabe zu erfüllen. Wir werden aber seit einigen Tagen hierzu sehr stark gehindert, weil ungezählte Deputationen aus den Betrieben uns vom Morgen bis zum Abend die Zeit rauben und fast jede ruhige Arbeit unmöglich machen.

Es ist unmöglich, daß dies so fortgehen kann. Unsere Kräfte werden gerade jetzt so dringend gebraucht, um die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft durchzusetzen, daß wir die Genossen erfordern müssen, hierauf die gebührende Rücksicht zu nehmen.

Die Hochbahn streift schon wieder.

Die Schattenseiten der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise zeigen sich hier in so sinnfälliger Weise wie sonst selten. Das Privatkapital macht die technische Verbesserung des Niesensbahn-Verkehrsmittels den Profitinteressen seiner Aktionäre dienbar. Durch seine Tarifpolitik schlägt es die Konkurrenz der Straßenbahn aus dem Felde, nachdem es die Straßenbahn durch tollsten Raubbau ruiniert und die Trümmer der Gemeinwirtschaft überlassen hat. Nachdem es so die große Masse der Bevölkerung in den Dienst seiner Profitinteressen gezwungen hat, läßt sie jede Rücksichtnahme auf das Publikum fallen. Sobald eine Fahrgeleiderhöhung angekündigt ist und das Publikum sich mit Fahrkarten versehen will, ebenso am Wochenende wenn neue Wochentarten gelöst werden, wird von drei oder vier Fahrkartenschaltern ein einziger geöffnet. Die Fahrgäste müssen sich in Schlangenlinien anstellen. Auch nur auf den Gedanken zu kommen, die Fahrkarten auch an anderen Stellen abzugeben, widerstrebt den Profitinteressen, weil dafür eventuell eine kleine Vergütung zu zahlen wäre. Die Wagen, die einige Touren zurückgelegt haben und nur allzudeutlich die Spuren der Benützung aufweisen, werden von den Endstationen aus mit allem Schmutz immer wieder in den Verkehr gebracht, ohne auch nur einer oberflächlichen Reinigung unterzogen zu werden. Von den Beleuchtungskörpern ist über die Hälfte ausgeschaltet, damit die Wagen nicht etwa als Defektablette benützt werden. Wie die Heringe muß sich der Massenstrom von Menschen vor und nach der Arbeit in die Profitkassens der Hochbahn pressen lassen.

Ist erst die Straßenbahn vollständig zum Erliegen gebracht, dann hat die Hoch- und Untergrundbahn ein uneingeschränktes Monopol, das sie jetzt schon nahezu vollständig hat.

Aber nicht nur das Publikum soll den Interessen der Hochbahn-Aktionäre tributpflichtig gemacht werden, sondern auch die Arbeiter und Angestellten. Die Differenzen, die vor einer Woche zum Streik führten, waren infolge der Nachgiebigkeit des Personals am Sonnabend bereits wieder beigelegt und alles schien wieder in der alten Ordnung. Allein die Direktion will ihren Herr-im-Hause-Standpunkt hervorkehren, ein Exempel statuieren an den „Rädelsführern“. Die drei an der Spitze stehenden Streikführer werden drei Tage nach Beilegung des Streiks gemohregelt und auf den „Rechtsweg“ verwiesen, das heißt an den Schlichtungsausschuß, der ihnen eine Abfindungssumme ausprechen kann, die die Direktion aus den Taschen des Publikums mit Vergnügen bezahlt, um ihr „Ansehen“ zu wahren und — um die übrige Angestelltenchaft ins Bodshorn zu jagen. Das Personal aber weiß worum es sich handelt und erklärt sich mit den drei Gemohregelten, die in seinem Interesse gehandelt haben, solidarisch.

Die Direktion aber beharrt auf ihrem Herrenrecht und kümmert sich den Teufel darum, wie der Niesensverkehr sich ohne die Hoch- und Untergrundbahn abspielen soll. Sie hat die Gelder für die Fahrten größtenteils schon in ihren Kassen durch das Block- und Wochentartensystem.

Das Publikum, mit dem hier rücksichtslos Schindluder getrieben wird, steht solchen Dingen einfach ohnmächtig gegenüber. Allein, sofern es nur sehen mag, es bekommt hier einen gründlichen Anschauungsunterricht über den Segen der kapitalistischen Wirtschaft, die die überzeugendsten Gründe dafür liefert, daß derartige Verkehrsunternehmungen in allererster Linie in kommunale Regie übernommen werden müssen.

Einstweilen aber — weil der Hochbahndirektion die Rasenspielen der drei Angestellten nicht mehr gefallen — müssen wir zusehen, wie wir per pedes apostolorum oder mit der Straßenbahn ins Geschäft und wieder nach Hause kommen.

Buchbinderverband.

Achtung, Buchbinderarbeiter in den Buchdruckbetrieben. Fast einstimmig beschloß die Buchbinderarbeiterchaft der gemischten Betriebe in den Streik zu treten. Wir appellieren an die Solidarität aller Kollegen, diesen Streikaufruf unbedingt Folge zu leisten. Die Streikleitung.

Das Streikbureau befindet sich in unserer Ortsverwaltung, Engel-Ufer 24, 2 Treppen, Zimmer 37.

Buchdrucker und Hilfsarbeiter. Die Funktionäre beider Organisationen treffen sich morgen, Sonnabend, 11 1/2 Uhr, zwecks Information im Saal des Gewerkschaftshauses. Zutritt nur gegen Vorweisung des Parteimitgliedsbuches. Die Fraktionsvorsitzende des ADGB-Buchdrucker- und Hilfsarbeiter.

Arbeitslose Buchdrucker. Die Arbeitslosen treffen sich Sonnabend am 9 Uhr auf dem Rathaus Marktplatz zwecks Besprechung. Der Archivalfestakt.

Beamtenschaft für Politik: Walter Schill, Berlin; Wirtschaft: Ernst Galtmann, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Schöner, Berlin; Hausarbeit: R. D. Müller, Wilmersdorf; Bohlen und Schiffer, Reichshaus, Wilmersdorf; Einzelnen: A. Glade, Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 3.

Funktionär-Versammlung der Buchdrucker u. graphischen Hilfsarbeiter

am Sonnabend vormittags 1/2 10 Uhr im großen Saal des „Gewerkschaftshauses“.

Die Streikleitung. J. A.: Keller.